

Ostpreußen. Schon
Offnung des pol-
verkehr nach und
verbunden, bemühte
im die Befestigung
Kindermitgliedern
zu reisen, da die
die gewöhnlichen
Zeit für die Reise
der Reise
der beiden Jüge
Festnahmen erfordert
wird von Berlin,
fahrt. In der
am 9.44 abends von
2 bis 4. Klasse.
Jüge gefahren,
nicht Bismarck, sondern
seid mit Lichtbündel
durch ein solcher
ide Jüge sind zu-
ant.

senfieber.
land bedeutsam.
kann. Die Ver-
ein Betrieb in der
die Mäster und
hätte nicht allzu-
haben es vielleicht
ein paar Tagen
konstanz nicht er-
ausgetaut, den
an der Börse
nen hat daher
die Ausströme von
hören. Daneben
eingeschränkt

zum erstreben
er Gewinne von
wird nicht durch
durch vom Speku-
der Kredite ist
neinen Speku-
t wird vielmehr
in der Börsen-
Schaden flug
war es nicht ge-
Pensionäre, ja
er Gefährlichkeit

ibidenbüro
sagen. Deut-
rden im Aus-
frage nach deut-
ten der deutschen
ann die Haushal-
e nicht in alle
en Spekulanten
nbern verzehren
bewegung auf es zu einem
damit zu einer
kommen. Wer
in seinen Un-
Wer keine über-
er mißt kann,
oder später der

elle.
zwischen den
nachdrucksgewerbe
abkommen ver-
dahin, daß die
ad. — Auch der
auf im Elstet.
Die Streit-
können.

Augenbauer.
kommen, legte
und Mantel ab
süßig, aber es
die unter sich
und dar ist.

ich noch etwas
ewige Fleisch-
chter über das
Atem um ihre
inßber.

ihrem Sohne
las, sam dann
hinsüber und
solltem Tone,
der Hand em-
was Du im

er zum Tisch,
neuem Zuge —
anständiger
hat, der sich
st nicht satis-

ve steht
aktionfähig.
arbeit, Gre-
25,20
hinsten und et-
zu klumpen

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Ummelsheim, Venha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Rünsa, Rötha, Einhard, Ponitz, Cossau, Threna etc.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ergebnis wöchentlich 2 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, halbjährlich Mk. 9.—
ohne Auslagen. Post einzigt der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pf., auswärts 80 Pf. Ein-
licher Teil Mk. 1.50. Anklamazelle Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Ausdräge entgegen. —
Bestellungen werden von den Ausdrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Heraus: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gäng & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 97

Mittwoch, den 17. August 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 18. August 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathause am Brett.

Bescheinigungsausstellung bei Erfüllung der Getreide-Dienstpflicht im Wirtschaftsjahr 1921/22.

Der Bezirksverband stellt denjenigen Erzeugern, die ihre Dienstpflicht aus der Getreideumlage erfüllt haben, Bescheinigungen aus, die ihnen mit dem Bemerkungen, daß sie nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 757) in der Verfolgung über den Rest des Getreides völlig unbedenklich sind. Eine Verfolgung von Brotdienst und Brotdienstpflicht bleibt gemäß § 43 dieses Gesetzes nach wie vor verboten.

Grimma, 15. August 1921.

1663 Getr.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Sitzung des Völkerbundes wird wahrscheinlich zwischen dem 20. und 22. August zusammentreten. Über den Ort der Tagung ist noch nichts Genaues bekannt.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird Ende dieser Woche zusammentreten. Zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Stresemann, soll eine Beratung statt.

* Briand hat im Namen des Obersten Rates eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in mögliche deutsche Verteilung über Oberschlesien Ruhe zu bewahren.

* Die Pariser Finanzkonferenz beschloß, den Wert der Saargruben Frankreich mit den vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen zur Last zu schreiben.

* In der franz. Krise ist eine sehr ernste Wendung eingetreten, da eine Verhandlungsbasis sich immer noch nicht

Schlußdienst.

Drohnachrichten vom 16. August

Kein Erfolg für „Sanktions“-Schäden.

Berlin. In Übereinstimmung mit allen Interessenten, Vereinigungen des Handels und der Industrie, insbesondere auch des besetzten Gebietes, hat die deutsche Regierung bisher an dem Standpunkt festgehalten, der die durch die Sanktionen entstehenden Schädigungen den Betroffenen aus der Reichs-
lastenlosigkeit nicht zu gewähren.

Attentat auf einen Flugzeug.

Dortmund. Auf den Flugzeug Baderborn—Soest wurde in der Nähe von Soest ein Attentat verübt. Die Attentäter hatten die Scheiben gelöst und über das Gleis gelegt. Beim Herannahen des Zuges ließ sie jedoch eine Laterne zurück. Diese bemerkte der Lokomotivführer und brachte schleunigst den Zug zum Halt. In dem Eisenbahntoage sollen größere Geldsummen vermutet worden sein, auf die es die Täter abgesehen hatten.

Der Kasseler Streit.

Kassel. Der Streit der Kasseler Eisenbahner hat sich auf Marburg, Bad Wildungen und Baderborn ausgedehnt. Der gesamte Verkehr wurde jedoch von den Beamten aufrechterhalten. Einige Einschränkungen werden sich nur im Personenzug machen.

Aufhebung einer Sportbank.

Dresden. Hier wurde der Weltkonzern Adels-Esse G.m.b.H. der in Leipzig, Halle, Breslau und Berlin Zweigstellen unterhielt, von der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft aufgehoben. Die vorgefundene Beiträge und Bücher wurden beschlagnahmt.

Großer Hoteldiebstahl.

Breslau. Aus einem verschlossenen Hotelzimmer in Ost wurden von Einbrechern 1.300.000 Mark in Tausendmarksscheinen entwendet. Die Diebe sind vermutlich nach Breslau entwichen.

Feuer in einer Überlandzentrale.

Breslau. In der Hauptstation der Überlandzentrale des Elektrizitätswerkes Schlesien in Tschetschin entstand Feuer, das das Hauptgebäude zerstört hat. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt geworden.

Ein Dorf eingedolt.

Soldau. Im nahen Dorfe Bierlawken brannten 63 Gebäude vollständig nieder. Die Ernte und alles Inventar ist mitverbrannt.

Koranth wieder in Oberschlesien.

Wartshau. Koranth ist hier eingetroffen und hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, worauf er sich nach Oberschlesien begeben hat.

Ein Deutscher in Breslau ermordet.

Breslau. Der 37 Jahre alte Hausbesitzer und Pächtermeister Karl Abramczik, ein Deutscher, unterhielt sich auf der Straße mit Mitgliedern des Turnvereins in deutscher Sprache. Einige Polen traten auf die Deutschen zu und riefen: Verfluchtet Schwaben, nach Berlin mit euch! Ein Pole schlug dem Deutschen ein langes Messer in den Bauch. An der schweren Verleistung starb Abramczik.

Frankreich und Russland.

Paris. Der „Gaulois“ schreibt über den Hitler-Kuh-
lands: „Der Völkerbund und neue zweckdienliche Versprechungen
gibt, die es wahrscheinlich nicht halten kann, muß die russische
Regierung zunächst ihre alten Schulden einlösen. Wir leben uns deshalb nicht veranlaßt, eine schwankende Macht
zu unterstützen.“ Der „Clair“ schreibt: „Wenn die Nachrichten
die wir aus Russland bekommen, nicht übertrieben sind, so ist
der Entente eine günstige Gelegenheit geboten, diesem Sowjet-
regime ein Ende zu machen, das eine ständige Gefahr
für die Entente bedeutet.“

Die Lage in Mellilla.

Madrid. Die militärischen Operationen in Mellilla können nach der Meinung der spanischen Generale nicht vor September beginnen. Dann wird die spanische Besatzungsmacht sich zu 25.000 Mann belaufen, ohne die Artillerie, Kavallerie und Genietruppen.

Die amerikanischen Friedensverträge.

New York. Der Vertrag mit Deutschland beruht auf der Grundlage des Vertrags mit den Republikanern, die sich auf die Rechte Amerikas beziehen, und die von den Senatoren Knox und Porter vorgeschlagen wurden. Der Friedens-
vertrag mit Österreich und Ungarn wird sich nach dem Friedensvertrag von St. Germain richten.

Nach der Pariser Tagung.

Der Oberste Rat kann auf eine Tagung von lauter Kompromissen zurückblicken. Oberschlesien — an den Völkerbund vertriefen. Die Sanktionen — soweit sie wirtschaftlichen Charakter tragen, sollen sie vom 15. September ab unter bestimmten Voraussetzungen aufgehoben werden, während die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, obwohl Lord Curzon auch sie für unantastbar erklärt, auf einstweilen ungewisse Zeit fortzudauern soll. Die Leipziger Reichsgerichtscurteile — man sagte nicht ja und nicht nein zu ihnen, sondern will eine Kommission von Juristen sich weiter mit ihnen beschäftigen lassen. Die militärische Kontrolle über Deutschland — Briand und Hoch widersetzen sich mit Händen und Füßen ihrer Auseinandersetzung, doch soll auch hier eine Kommission zusammenstreiten, um zuzusehen, was sich an ihr mildern oder einschränken läßt. Für Russland, für Österreich hatte man nur noch wenig Zeit zur Verfügung und begnügte sich mit „vierenen“ Beschlüssen, die weder fast noch warm sind. Zum Schlus gab der französische Ministerpräsident, um die Tagung nicht gar zu eindrucklos enden zu lassen, noch eine seiner bekannten schönen Freundschaftsreden auf die Entente zum besten, und hernach konnte man sich wieder mehr oder weniger befriedigt an den Frühstück- oder Abendbrottisch setzen. Und das nennt sich dann „Oberster Rat“ und hält sich für berufen, dem lieben Gott ins Handwerk zu pfuschen! Wie lange diese Herrlichkeit wohl noch dauern wird?

Die erste Tat nach dieser glorreichen Sitzung gab Herr Briand von sich, indem er dem deutschen Geschäftsträger in Paris abermals eine neue Note zustellte. Darin wird mitgeteilt, daß der Oberste Rat in Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien biete, die Entscheidung der Angelegenheit vertagt habe. Er sei sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Feststellung zu würdigen wissen werde, die ihn dazu geführt habe, eine überfürstliche Lösung abzulehnen. Im übrigen werde nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschub so kurz wie möglich sei. Die deutsche Regierung werde hoffentlich ihrerseits das Volk zur größten Ruhe ermahnen und ihren ganzen Einfluß dahin ausüben, daß die Autorität der Internationalen Kommission geachtet werde. Sie sollte ihrer schweren Verantwortung eingedenkt bleiben und insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens jeden Ver-
such verhindern, der darauf abzielt, Unruhen im Abstimmungsgebiet zu fördern. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts wird vermutlich auch nach Warschau gegangen sein.

Welche Aufnahme es dort finden wird, bleibt abzuwarten. Man weiß ja, daß die polnische Regierung sich garnicht geniert, den Alliierten gegenüber den Standpunkt einzunehmen, daß von einem Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland nach Meinung der Warschauer Herren keine Rede sein würde. Die deutsche Regierung ihrerseits beschränkt sich vorerst darauf, gegenüber der an ihre Adresse gerichteten Mahnung daran zu erinnern, daß sie seitens bemüht gewesen sei, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Lediglich durch polnische Unruhen und Gewalttaten seien Störungen möglich gewesen. Sie hätte hinzuzufügen können, daß auch die Haltung der Internationalen Kommission und eines Teiles ihrer Besatzungstruppen den Frieden des Landes untergraben habe, ein Hinweis, die in seinem Stadium der oberfränkischen Frage unterlassen werden sollte. Die Oberschlesier selber werden die naive Erwartung des Obersten Rates, daß sie Verständnis dafür zeigen möchten, warum eine „überfürstliche Lösung“ von ihm abgelehnt worden sei, gewiß nach Gebühr zu würdigen wissen. Eine schlammige Ver-
böhnung ihrer Seiten, als in diesen Worten enthalten ist, ist kaum noch denkbar. Wenn nach bald zweijähriger Dauer der Ungezogenheit, nach drei Polenauftänden und nach schrecklicher Verwüstung des Landes noch von der Möglichkeit einer „überfürstlichen“ Entscheidung gesprochen wird, so kann eine solche Instanz, sie mag sich noch so

hochtrabende Bezeichnungen zulegen, nicht mehr ernst genommen werden. Dazu kommt, daß der Völkerbund sich möglicherweise ebenso sehr vor einer „Überführung“ der endgültigen Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen fürchtet wird, denn auch ihm wird es nicht gegeben sein, einen Ausgleich zu finden, der alle Beteiligten auch nur einigermaßen zufriedenstellen könnte. Und andererseits wird auch er sich terroristischen Drohungen, die kaum ausbleiben dürften, nicht gern unterwerfen wollen. So bleibt es dabei, daß die Verwirrung an den Völkerbund nichts war als ein Verlegenheitsmanöver, mit dem man Zeit gewinnen wollte.

Für Oberschlesien aber geht abermals Zeit verloren, kostbare Zeit. Und seine Macht der Erde wird imstande sein, das arme Land für diese neue Belästigung seiner Zukunft jemals schadlos zu halten.

Die Enttäuschungen.

Augenblickliche Ruhe in Oberschlesien.

Die außerordentliche Spannung, mit der man in letzter Zeit in Oberschlesien der Entscheidung über das Schicksal der Heimat entgegenstah, ist nun infolge der erneuten Verschleppung einer offensichtlichen Ermüdung und Enttäuschung gewichen. Gleichzeitig macht sich immer mehr auch unter der polnisch gesinnten Bevölkerung eine Ablehnung von den Unruhestiftern bemerkbar. Man hat überall das Bedürfnis nach Sicherheit, Ordnung und gerechter Arbeit und sieht in zunehmendem Maße ein, daß diese nur beim Verbleiben Oberschlesiens beim Reich gewährleistet werden kann. Das völlige Scheitern des groß angelegten polnischen Generalsturms ist ein Beweis dafür, daß man allerlei Kampfmüde geworden ist. Allerdings bilden die aus Polen über die Grenze kommenden Banden und Agitatoren immer noch eine ständige Gefahr, die sie versuchen, die etwas beruhigten polnischen Einwohner zu neuen Gewalttätigkeiten auszuhöhen.

Die politischen Organisationen bestehen unverändert weiter und versuchen, die deutsche Bevölkerung aufzureißen. Dagegen wird von deutscher Seite alles getan, was nur irgendwie zur Verhüllung beitragen kann. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht, daß das deutsche System der Erwerbslosenfürsorge jetzt auch auf Oberschlesien ausgedehnt worden ist.

Ebenso wie in Oberschlesien selbst, herrscht auch in Polen, wenn auch aus anderen Gründen, schwere Enttäuschung über den Ausgang der Pariser Konferenz, wenn man auch nach Lage der Dinge Briand zumeist bestellt zollt, daß er den Bedingungen Lloyd Georges die Vertragung vorgezogen habe. Die polnische Regierung hat beschlossen, in einer neuen Note an die Großmächte gegen die Vertragung Beschwerde zu führen. Die Vertragung, so wird in der Note ausgeführt, muß weiteren ungeheuren und nicht zu erreichenden Schaden stiften, und der Zustand der Ungezogenheit ist für die Bevölkerung Oberschlesiens unerträglich. Man beschuldigt besonders Amerikas Passivität und die Abwendung Italiens und Japans von Frankreich. Im Völkerbundsrat erwartet man allgemein ein Vorwiegen englischer Einflüsse. Die Stimmung ist übelnaulig und verdrossen mit einem Unterton von Enttäuschung.

An der oberfränkischen Grenze hat sich inzwischen nicht viel geändert. Ganze Truppenjungen durchstreifen die Umgegend. Die Grenzkontrolle wird so gut wie gar nicht gehandhabt. Der Schmuggel steht in vollster Blüte. Polnische Händler bringen und holen heraus, was ihnen gefällt. Ganze Wagen mit Waren können infolge der unkontrollierbaren Grenze übergeschafft werden, wodurch Schieber- und Wucherum sich immer mehr ausbreiten. Die Internationalen Kommission hat eine neue Verklärung der Apothekerschaften in allen Orten angeordnet. In Oppeln werden die Beamten auf die einzelnen Hundertschaften verteilt. Man muß jedoch abwarten, ob mit dieser neuen Wahlregel wirklich den hellen Märschen gesteuert werden kann.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Besoldung der Besatzungssoldaten.

Die von der Internationalen Finanzkonferenz angemessene Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsmarine soll ebenso viel wie der bisherige Satz für einen französischen Soldaten betragen, also 16 Frank täglich. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen Soldaten und von drei Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden Armeen von ihren Heimatländern. Danach kostet uns ein französischer Soldat ungefähr 130 Mark, ein Engländer 164 Mark und ein Amerikaner 180 Mark Unterhaltskosten.

Schuh für Ostpreußen!

Die Gefahr der Seuchenentzündung aus Russland ist für Ostpreußen besonders dringend. Daher wird jetzt dort der Ruf nach energischen Schutzmaßregeln erhoben. Der Appell zur Belästigung der Bevölkerung müßte nicht